

Statenverfassung in den 8 älteren Provinzen des Staates und einen zweiten Gesetzentwurf für die evangelisch-lutherische Kirche der Provinz Schleswig-Holstein.

Die Welfenfondsborlage wird, wie wir erfahren, heute bereits im Abgeordnetenhaus eingebracht, ebenso in den nächsten Tagen die Secundärborlage. Die dritte Lesung des Gases soll sich, falls kein Widerspruch erfolgt, unmittelbar an die zweite anschließen. Man würde auf diese Weise wohl Ende der Woche die Beratung von verschiedenen kleineren Sachen, Petitionen u. dgl. und den genannten neuen Vorlagen folgen. (Wobann wird voraussichtlich eine längere Unterbrechung der Plenarsitzungen stattfinden.)

Wegen der Welfenfonds-Angelegenheit finden jetzt lebhaftere Verhandlungen nicht nur innerhalb des Preussischen Ministeriums statt. Der Angelegenheit wird man eine politische Bedeutung nicht absprechen können; so ist es erklärlich, daß sich auch die verschiedenen Regierungen lebhaft mit der Sache beschäftigen. Wie verlautet, fanden zwischen den verschiedenen Regierungen Erörterungen in der Richtung statt, unter welchen Bedingungen dem Sohn des Herzogs von Cumberland die Thronfolge im Herzogthum Braunschweig gewährt werden könnte. Wenn die Nordd. Allg. Zeitung von hervorragenden Männern der Provinz Hannover spricht, welche dem Kaiser die jetzt beabsichtigte Regelung der Welfenfonds-Angelegenheit empfohlen haben, so ist in dieser Linie an den Oberpräsident von Braunschweig zu denken, der auch früher schon diese Regelung befürwortet hat.

Die „Schlef. Zig.“ bespricht das Gerücht von der bevorstehenden Ersetzung des Landwirtschaftsministers durch einen Schlesiens-Grundbesitzer nach eingezogenen Erfindungen als unbegründet.

Heute findet in dem 22. Sächsischen Reichstagswahlkreise (Ritschberg-Auerbach) die Erstwahl für den bisherigen Vertreter, den conservativen Herrn Kuntz, statt. Am Sonntag waren noch die Hlbgg. Dr. Buhl und Dr. Sattler, sowie der Generalsecretär Pöschel an verschiedenen Orten des Wahlkreises rednerisch thätig. Im Allgemeinen erwartet man eine Stichwahl zwischen dem Nationalliberalen, für deren Candidaten, Faberthorster Kramer, auch die Conservativen eintreten, und den Socialdemokraten, bei welcher die dritte Partei, die einen eigenen Candidaten aufgestellt hat, die Antisemiten den Ausschlag geben dürfte.

In den nächsten Wochen werden die Veranlagungscommissionen mit der Einschätzung in die neuen Einkommensteuerverfahren fertig werden. Die Communa werden dann in die Lage versetzt werden, genau zu übersehen, mit welchem Zuschlagsprocenten die Staatseinkommensteuer als Einkommensteuern und werden danach die communale Einkommensteuer für die einzelnen Steuerpflichtigen bemessen. Es wird kaum noch mehr lange dauern, bis die Entlasten die Bescheidrichtungen über die Höhe der Einkommensteuer, zu welcher sie veranlagt sind, in Händen haben werden. Bisher war es nun sowohl den Einkommensteuerpflichtigen als auch den Einkommensteuerpflichtigen gestattet, die Reclamation bezw. Remonstration gegen die Veranlagung innerhalb einer Ausschreibungsfrist von 2 Monaten anzubringen. Darnach ist nach dem neuen Einkommensteuergesetz eine Einrede eingetreten. Die Beratung seitens der Steueranlagungscommission ist künftig bei dem Vorliegen der Veranlagungscommission binnen einer Ausschreibungsfrist von 4 Wochen einzulegen, wobei die Steuerveranlagung folgenden Tag abläuft. Später erfolgende Verhandlungen werden demgemäß schon aus formellen Gründen zurückzuführen sein können. Wie bisher hat in diesen die Einlegung einer Berufung keinen Einfluß auf die Erhebung bezw. Zahlung der Einkommensteuer. Im neuen Gesetze ist sogar ausdrücklich bestimmt, daß die veranlagte Steuer in vierteljährlichen Beträgen in der ersten Hälfte des zweiten Monats eines jeden Vierteljahres an die von der Steuerbehörde zu bezeichnende Empfangsstelle abzuführen ist. Bei den zur classificierten Einkommensteuer bisher veranlagten Communitäten wurde diese Zahlungsart auch bisher schon gegenwärtig angewendet, für die in dieser Hinsicht eine Veränderung bedeutet. Die betriebl. Erhebung selbst wird vorläufig in der bisherigen Weise vorgenommen werden. Im Gesetze selbst aber ist schon angedeutet, daß für eine spätere Zeit eine Umgestaltung in der Ausführung der Steuererhebung beabsichtigt ist.

Firmen der elektrischen und mit dieser verwandten Industrie haben eine Petition an den Reichstag beschließen, welche mit der Bitte schließt, entweder bei dem Telegraphengesetz bezüglich der Verpflichtungen, welche Starkstromanlagen gegenüber dem Fernsprechnetze zu erfüllen hätten, dem Schweizer Telegraphengesetz entsprechende Bestimmungen festzusetzen, oder Bestimmungen hierüber in das gegenwärtige Gesetz noch nicht anzunehmen, sondern solche auf das Electricitäts-Gesetz zu verschieben.

Wenn die Preussische Finanzverwaltung der parlamentarischen Anregung auf Vermehrung der

Zahl der Lotterieloose durch den nächstjährigen Staatshaushaltsset nicht entschieden zugestimmt hat, so ist die Ursache dafür nicht in der Aufzählung zu suchen, als ob eine Vermehrung der Lotterieloose nicht zweckmäßig und durchführbar sei. Im Gegentheil. Man ist vielmehr der festen Überzeugung, daß bei Beschränkung der Zahl der Preussischen Lotterieloose auf den jetzigen Stand das Spiel in außerpreussischen Lotterien in fortgeschrittenen Staaten, welche die Lotterien contraindirt werden wird. Man berechnet schon jetzt, daß ein Nachbarslot aus in Preußen abgesetzten Loosen mehr als eine Million Mark Einnahme bezieht, welche Preußen zufallen würde, wenn die Zahl der Preussischen Lotterieloose der Nachfrage genüge. Es waren daher für die Zurückhaltung der Regierung gegenüber jener Anregung nicht sowohl sachliche als vielmehr taktische Erwägungen in Bezug auf die Zweckmäßigkeit und die Ausföhrung einer parlamentarischen Initiative in der Sache entscheidend. Dagegen darf darauf gerechnet werden, daß in dem Gesetzentwurf für 1893/94 eine der Nachfrage entsprechende Vermehrung der Lotterieloose vorgeschlagen werden wird.

Die „M. A. Z.“ erinnert daran, daß am 11. März 25 Jahre verlossen waren, dem Sohn Bisмарck dem Deutschen Volke, zunächst dem damaligen Reichstage des Norddeutschen Bundes, eines seiner berühmtesten „gesägten Worte“ zuzuerufen, das gerade in der jüngsten Zeit so oft in Deutschen Herzen wiedergebungen: „Sehen wir Deutschen sozusagen in den Sattel! Reiten wird es schon können!“ Worüber hat sich selten eine Zuversicht erfüllt, als die in jenen Worten ausgesprochene und die Freudigkeit daran darf auch durch den Umstand nicht verflümmert werden, daß es neuerdings zeitweise scheinen will, als ob Deutschland das Reiten verlernt habe oder als ob das Roß rückwärts gehe.

Es unterliegt kaum einem Zweifel mehr, daß innerhalb der maßgebenden Kreise die innere Lage in Preußen durchaus verschiedenen Auffassungen begegnet. Bei den Besprechungen der „Nordd. Allg. Zig.“ ist es ja unschwer zu errathen, von woher jene Äußerung stammt, daß nach der commissarischen Beratung des Schlußgesetzes für die Regierung neue Erwägungen am Platze sein müßten, und zwar Erwägungen, die auch der Widerrecht und der öffentlichen Meinung die schärfste Rücksicht widerfahren lassen dürften. Das ist jedenfalls eine von leitender Regierungskommissioner Charakter sich nicht verbergen läßt. Indessen greift die folgende Aufforderung an die Widerrecht ein natürliches Entschlossenheit an die Stelle des Schlußgesetzes ein anderes. Es ist für die Widerrecht unbedenklich, auf Mittel und Wege zu suchen, wie an Stelle des Schlußgesetzes ein anderes, sei es organisches oder theilweis mit größerer Mehrheit zu Stande zu bringen wäre. Darum sich zu bemühen, ist durchaus der Initiative der Staatsregierung und — den Entschlossenheiten der gegenwärtigen Mehrheit anzuzugehen. Die nächsten Auseinandersetzungen darüber müssen also zwischen der Regierung und ihrer gegenwärtigen Mehrheit erfolgen.

Was die Gedanklosigkeit des Herrn Reichsrecht den Deutschen Arbeitern nachgerade zuzumuthen ist, wirklich ein „Spieß“. Da werden sie angefordert, den Englischen Bergarbeitern in dem großen Anstand ihre Unterstützung zu leisten. Die Welt hat doch der „Vorwärts“ im Leitartikel vom 8. März breitpurig dargelegt, daß der Englische Strike nichts weiter als ein Wandel zur Erzielung höherer Löhnepreise ist, wobei die Unternehmer theils offen, theils insgeheim im Einverständnis mit den Arbeitern handeln. Daß die Unterstützung der Streikenden in England nicht finanziell geschehen kann, streift den „Vorwärts“ wohl ein. Die Zeichen der socialdemokratischen Arbeiter sind bereit bei dem letzten Anstand der Wähler würde, wenn sie heute für Englische Arbeiter Unterstützungsgelder verlaugte. Die Unterstützung soll also durch — Verweigerung der Heberbeitenden in den Deutschen Kohlenruben bewirkt werden. Das sollte nur noch: als die Deutschen Bergarbeiter strikten und in Folge dessen die Deutsche Eisenindustrie ihre Production einzuschranken anfang, arbeiteten die Bergleute in England mit doppelter Anstrengung, um für sich und für die Englische Eisenindustrie daraus den greifbar nahe liegenden Profit zu ziehen. Wenn aber die Produktion in England zu hoden beginnt, soll unser Deutscher Arbeiter jeden daraus möglichen Vortheil entbehren. Es ist doch den Fall noch überlegen.

Durch den Tod des Großherzogs Ludwig von Hessen ist die Reihe der Generalsekretäre des Reichstages, deren jüngstes der Bewerigte war, der am 12. September vorigen Jahres, an seinem letzten Geburtstag, den er während der letzten Kaiserjubiläum in zahlreichem Verwandtenkreise in Gassel feierte, die Ernennung zum Generalsekretär der Justizministerie mit dem Range eines Generalsekretärs des Reichstages als Generalsekretär erhielt. Es verbleiben nach seinem Hinscheiden in der Preussischen Armee 3 Generalsekretäre: Graf v. Himmelfal, Prinz Georg von Sachsen und Prinz Albrecht von

Preußen, und 4 Generalsekretäre: der Großherzog von Baden, der Oberbefehlshaber in den Marken von Bode, der Großherzog von Sachsen und Prinz Bismarck. Es ist wiederholt darüber geäußert worden, ob der Prinz von Wales nicht auch zu den Preussischen Feldmarschällen zu zählen, da er bis jetzt jedesmal bei einem Besuche am Berliner Hofe zur Uniform der Kaiser-Husaren die Abzeichen eines Generalfeldmarschalls angelegt hat. Doch hat dies darin seinen Grund, weil der Prinz in der Englischen Armee dieselbe Würde bekleidet, und es hiesiger Ansicht ist, daß Mitglieder fürstlicher Häuser in anderen Armeen stets denselben Rang bekleiden, den sie im heimischen Heere bekleiden. Auch die 3. Armee-Inspection hat in dem Großherzoge von Hessen ihren General-Inspectioner bestanden. Kaiser Friedrich unterthielt ihm diese Inspection, welche das 7., 8. und 11. Armeecorps umfaßt, am 24. Mai 1888, am Geburtstag seiner Schwiegermutter, der Königin Victoria von England, an welchem der Sohn des Kaisers, Prinz Heinrich, der Tochter des Großherzogs, Prinzessin Irene, in der Schloßcapelle zu Charlottenburg die Hand zum ehelichen Bunde reich.

Der nationalliberale Reichstags-Abgeordnete Geh. Commerzienrath Wilhelm Dechthaler veranlaßt in der Verlage von Julius Springer (Berlin) sehr interessante „Erinnerungen aus den Jahren 1848 bis 1850“. Er war durch den Reichstagsabgeordneten Ludwig Ende September 1848 als Reichstagsminister ernannt worden, wurde dann im Juni 1849 als amtlicher Vertreter zur Französischen Industrie-Ausstellung beauftragt, wurde schließlich zum Reichstagsminister ernannt, das einzige Exemplar dieser Species, welches die Deutsche Centralgewalt gesichtet hat. Im Februar 1850 wurde er von Preussischen Gesandten von Schwyz nach der Schweiz entsandt, um für die Preussische Regierung die politische Berichterstattung über die öffentlichen Vorgänge und Bewegungen in der Schweiz zu übernehmen, hauptsächlich in Bern und Neuchâtel, und das am 1. Februar in Kraft getretene neue Schweizerische Zollgesetz bezüglich der zu erwartenden Einwirkung auf den Verkehr mit Deutschland zu untersuchen und zu legitimieren. Diese Sendung dauerte bis zum 16. April und endete mit der Ausarbeitung dreier eingehender Denkschriften über das Gesamtresultat der Beobachtungen. Dann kam die Einberufungsorte als Landwehroffizier zum Landwehrbataillon Altendorf mit längerem Aufenthalt in Coblenz und Köln, bis bald nach Neujahr 1851 die Entlassung erfolgte. 28 Jahre später, nachdem Versailles erfüllt, was Frankfurt geträumt hatte, knüpfte Dechthaler im Deutschen Reichstag an die alten Verbindungen wieder an.

Das neue Wappen der Reichslände ist kürzlich von dem Kaiser genehmigt worden. Dasselbe ist nach Angabe des Königl. Heroldsmeisters von Bawwig und Hartenstein vom Königl. Hofmaler Rabbe entworfen. Auf der Brust des Deutschen Reichsadlers befindet sich an Stelle des Preussischen Schildes ein gespaltenes, im vorderen Theile getheiltes, mit einer alten Herzogskrone getönter Schild. Die vordere Hälfte desselben zeigt oben das Wappen von Ober-Elsäß; im rothen Felde ein goldener Schrägalken begleitet von je 3 zu 1 und 2 gestellten goldenen Adelskronen; darunter Nieder-Elsäß; im rothen Felde ein silberner Schrägalken begleitet von silberner Mauer. Die hintere Hälfte des Schildes stellt das Wappen von Lothringen dar; im goldenen Felde ein rother Rechtschraugalken besetzt mit drei silbernen Meckellen („gekümmelten Adler“, wie sie von manchen genannt werden). Ueber dem Adler schwebt die Deutsche Kaiserkrone.

Der Geheimre Regierungsrath Jonas, der seit 1871 bei der Regierung in Metz thätig war, ist der „Allg. Zig.“ zufolge, am Freitag in Metz an einer Pungenzschindung gestorben.

S. M. Kreuzer-Corbette „Prinzess Wilhelm“, Commandant Capitän zur See Reuters, ist am 13. März in Christianand (Norwegen) angekommen.

Der Erbprinz von Sachsen-Meiningen, Herzog zu Sachsen, General-Lieutenant und Commandant der 2. Gardie-Infanterie-Brigade, hat einen kurzen Urlaub nach Aspel angetreten. — Der Prinz Ludwig zu Coesfelden-Wertheim-Freudenberg ist aus Neuchâtel hier eingetroffen und hat im Victoria-Hotel Wohnung genommen. — Der Staats- und Kriegsminister, General-Lieutenant v. Kallenberg-Stachau, ist von Urlaub hierher zurückgekehrt. — Der zweite Postfachsecretär bei der hiesigen Spanischen Post, Fernando Florio, ist von seinem bisherigen Posten abberufen, und an seine Stelle als zweiter Secretär Francisco de Reyfonia zur hiesigen Spanischen Postamt veretzt worden und bereits hier eingetroffen. — Geh. Medicinalrath Prof. Dr. von Esmarck traf, von Kiel kommend, hier ein und stieg im Monopol-Hotel ab.